S1

Antrag

Initiator*innen: Elina Schumacher, Marlene Jahn, Leonie Köhler, Jannis Ernesti, Kang Chen, Dante Davis, Murat Yücel, Yannick Brugger (dort beschlossen am: 24.09.2022)

Titel: **S1 zu SNEU: Satzung der GRÜNEN JUGEND Berlin**

Antragstext

In Zeile 183 einfügen:

(6) Mitglied im Landesvorstand kann nicht werden bzw. sein, wer

Von Zeile 187 bis 188 einfügen:

- Mandatsträger*in in einer Bezirksverordnetenversammlung, im Abgeordnetenhaus, im Bundestag oder Europaparlament ist oder

Begründung

Als Grüne Jungend Berlin ist uns die Machtteilung durch Trennung von Amt- und Mandat ein zentrales Grundprinzip, dass wir momentan auf Bundes- und Landesebene von Bündnis 90/Die Grünen fordern, mit dem Beschluss der letzten Landesmitgliederversammlung. Die Trennung von Amt- und Mandat auch auf Bezirksverordnetenversammlungen und Landesvorstand auszuweiten folgt daraus als konsequenter Schritt, den wir in unserem eigenen Verband, der Grünen Jugend

Berlin, gehen müssen.

SNEU-Ä5

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand (dort beschlossen am: 05.10.2022)

Titel: **SNEU-Ä5: Satzung der GRÜNEN JUGEND Berlin**

Antragstext

Von Zeile 94 bis 95 einfügen:

Termin der LMV muss mindestens eine Woche vor der Satzungsänderungsfrist mitgliederöffentlich bekannt gegeben werden. Bei besonderer Dringlichkeit kann die Frist durch Beschluss des Landesvorstands verkürzt werden. Der Dringlichkeit muss vor Einstieg in die Tagesordnung mit satzungsändernder Mehrheit durch die Mitgliederversammlung stattgegeben werden.

Begründung

Im Rahmen der Wahlwiederholung ist uns die - eventuelle - Notwendigkeit einer dringlichen LMV bewusst geworden. Deshalb würden wir gerne den Absatz in die Satzung aufnehmen. Damit der Landesvorstand das Mittel nicht beliebig einsetzen kann, muss die Dringlichkeit zunächst beschlossen werden.

SNEU-Ä6

Antrag

Initiator*innen: Yannick Brugger (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: **SNEU-Ä6: Satzung der GRÜNEN JUGEND Berlin**

Antragstext

Von Zeile 89 bis 91 löschen:

(3) Die LMV kann durch den Landesvorstand, ein Drittel aller bestehenden Bezirksgruppen oder ~~aber~~ durch zehn Prozent der Mitglieder (gemessen am letzten Tag des Vormonats) beantragt werden.

In Zeile 113:

3. des ~~Schiedsgerichtes~~Landesschiedsgerichtes

Von Zeile 124 bis 133:

(8) ~~Die Stimm- und Antragsberechtigungen sind wie folgt:~~
~~1.~~ Stimmberechtigt sind alle Mitglieder.
~~2.~~ Antragsberechtigt sind:
~~a)~~1. alle Mitglieder
~~b)~~2. der Landesvorstand
~~c)~~3. die Bezirksgruppen
~~d)~~4. die Vollversammlung der Frauen*, Inter, Nicht-binäre, trans Personen

~~e)~~5. die Fachforen
~~f)~~6. das Schiedsgericht
~~g)~~7. die Rechnungsprüfung

Von Zeile 161 bis 163:

Schwerpunkte der politischen Bildungsarbeit im nächsten Jahr festgelegt werden. Dafür bringt der amtierende Landesvorstand einen Entwurf zur ~~2.~~zweiten ordentlichen Landesmitgliederversammlung des jeweiligen Jahres ein.

In Zeile 288 einfügen:

§ 12[Leerzeichen]Versammlungen

Von Zeile 311 bis 312 einfügen:

§ 16 Beschluss und Änderung von Satzung und[Leerzeichen]Geschäftsordnung

Begründung
Zu § 5 (3): Redundant
(7) Landesschiedsgericht statt Schiedsgericht zur Konkretisierung
(8) unnötige Gliederungsebene löschen (Übersichtlichkeit)
Zu § 7 (2): "des jeweiligen Jahres" ergänzen

SNEU-Ä7

Antrag

Initiator*innen: Yannick Brugger (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: **SNEU-Ä7: Satzung der GRÜNEN JUGEND Berlin**

Antragstext

Von Zeile 191 bis 197:

~~(7) Die Abwahl von einzelnen Mitgliedern oder des gesamten Landesvorstands kann von 1/3 aller bestehenden Bezirksgruppen oder aber durch zehn Prozent der Mitglieder (gemessen am letzten Tag des Vormonats) schriftlich gegenüber dem Landesvorstand beantragt werden. Dadurch wird der Landesvorstand verpflichtet, innerhalb von 2 Monaten eine Landesmitgliederversammlung einzuberufen. Auf der Landesmitgliederversammlung ist eine Abwahl mit absoluter Mehrheit der Anwesenden möglich.~~

(7) Die Abwahl einzelner Mitglieder oder des gesamten Landesvorstandes ist durch Antrag möglich. Es gelten die Antragsfristen und Mehrheitserfordernisse von Satzungsänderungsanträgen (§ 16 Absatz 1). Der Antrag zur Abwahl kann nur auf der Landesmitgliederversammlung behandelt werden. Eine außerordentliche Landesmitgliederversammlung zur Behandlung des Antrags kann nach den Vorgaben des § 5 Absatz 3 beantragt werden.

Begründung

Durch den Antrag wird das Abwahlverfahren geändert. In der aktuellen Fassung doppelten sich die Abwahlerfordernisse mit den Anfordernissen auf Beantragung einer LMV. Durch die Neufassung gilt im Normalfall, dass der Antrag auf der nächsten LMV behandelt wird. Das ist insbesondere mit Hinblick auf die Kosten

einer LMV effizienter. Eine Ausnahme davon ist an die in der Satzung schon genannten Hürden geknüpft. Die Frist für den Antrag und die Mehrheitsverhältnisse werden explizit genannt und den Anfordernissen der Satzungsänderungsanträge gleichgestellt und somit vereinfacht.
Die Abwahl wird somit leichter zu stellen, aber schwieriger durchzusetzen. Aktuell bräuchte es über 100 Basismitglieder, die sich für einen Abwahlantrag zusammentun müssten. Diese Summe ist extrem schwer zu erreichen. Durch den Änderungsantrag wird es für die Basis also leichter, über die Abwahl abstimmen zu lassen. Gleichzeitig wird die Abwahl schwieriger durchzubringen, somit kann auch ein knapp gewählter Landesvorstand arbeitsfähig bleiben.

S1-Ä1

Antrag

Initiator*innen: Mia Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: **S1-Ä1 zu SNEU: Satzung der GRÜNEN JUGEND Berlin**

Antragstext

Nach Zeile 190 einfügen:

Im Landesvorstand dürfen nicht mehr als ein Drittel der Mitglieder Mandatsträger*innen in einer Bezirksverordnetenversammlung sei. Werden in Satz 1 bezeichnete Personen in den Landesvorstand gewählt oder erlangen Mitglieder des Landesvorstandes ein solches Amt, so haben sie eines der Ämter in einer Übergangsfrist von vier Monaten niederzulegen. Selbige Übergangsregelung gilt, wenn mehr als ein Drittel der Mitglieder des Landesvorstandes Mandatsträger*innen in einer Bezirksverordnetenversammlung sein sollten.

Begründung

Erfolgt mündlich

S4-Ä1

Antrag

Initiator*innen: Mia Schumacher (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: **S4-Ä1 zu SNEU: Satzung der GRÜNEN JUGEND Berlin**

Antragstext

Nach Zeile 190 einfügen:

Im Landesvorstand dürfen nicht mehr als ein Drittel der Mitglieder Mandatsträger*innen in einer Bezirksverordnetenversammlung sei. Werden in Satz 1 bezeichnete Personen in den Landesvorstand gewählt oder erlangen Mitglieder des Landesvorstandes ein solches Amt, so haben sie eines der Ämter in einer Übergangsfrist von vier Monaten niederzulegen. Selbige Übergangsregelung gilt, wenn mehr als ein Drittel der Mitglieder des Landesvorstandes Mandatsträger*innen in einer Bezirksverordnetenversammlung sein sollten.

Begründung

Erfolgt mündlich

G1-Ä2

Antrag

Initiator*innen: Yannick Brugger (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: **G1-Ä2: Allgemeine Geschäftsordnung**

Antragstext

Von Zeile 51 bis 52:

(1) Abstimmungen ~~sind grundsätzlich~~finden offen ~~durchzuführen~~statt. Auf Antrag und mit Zustimmung von mindestens fünfzehn Prozent der anwesenden stimmberechtigten

Begründung

Das Wort "gründsätzlich" ist in rechtlichen Texten extrem unpraktisch, weil es entweder "ohne Ausnahme" oder "mit dem Vorbehalt bestimmter Ausnahmen" bedeutet [1]. Es hat also zwei gegensätzliche, sich widersprechende Bedeutungen. Das ist bei ungünstig, weil nicht klar ist, ob bspw. eine Wahl immer geheim sein muss, oder ob eine Ausnahme davon möglich ist. Der Änderungsantrag soll dieses Problem beheben, indem das Wort gestrichen und durch eine eindeutige Formulierung ersetzt wird.

[1]: https://www.duden.de/rechtschreibung/grundsaetzlich

G1-Ä3

Antrag

Initiator*innen: Yannick Brugger (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: **G1-Ä3: Allgemeine Geschäftsordnung**

Antragstext

Von Zeile 58 bis 60:

(3) Die Öffentlichkeit kann mit 2/3[Leerzeichen]-Mehrheit ~~der Mitglieder des Organs von allen Sitzungen~~für bestimmte Angelegenheiten ausgeschlossen werden. Die Beratung und der Beschluss darüber erfolgen in nichtöffentlicher Sitzung. §7 Absatz 2 dieser Geschäftsordnung bleibt davon unberührt.

Begründung

Der Antrag konkretisiert die Bestimmungen für geheime Sitzungen. Die Ursprungsformulierung kann so verstanden werden, dass per Antrag die Öffentlichkeit von allen kommenden Sitzungen eines Gremiums ausgeschlossen werden kann. Das kann aber nicht mit dem Grundsatz der Öffentlichkeit vereinbar sein. Durch die neue Formulierung wird deutlich, dass die Öffentlichkeit immer nur für jeweils eine Sitzung ausgeschlossen werden kann. Durch die neue Formulierung wird das Erfordernis auch nochmal etwas eingeschränkt, da die Öffentlichkeit immer nur für eine Angelegenheit ausgeschlossen werden kann. Natürlich kann aber auch weiterhin die Öffentlichkeit für eine ganze Sitzung ausgeschlossen werden, wenn alle Angelegenheiten dieser Sitzung geheim sein müssen.

W1-Ä1

Antrag

Initiator*innen: Yannick Brugger (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: **W1-Ä1: Wahlordnung**

Antragstext

In Zeile 5:

(1) Personenwahlen finden ~~grundsätzlich~~ frei und geheim statt. Eine Ausnahme ist nur gemäß § 9 Absatz 4 möglich.

Von Zeile 20 bis 21 löschen:

(1) Wahlen der GRÜNEN JUGEND Berlin finden ~~grundsätzlich~~ im Mehrheitswahlverfahren (§§ 8 bis 10) statt. Abweichend davon kann für

Begründung

Das Wort "gründsätzlich" ist in rechtlichen Texten extrem unpraktisch, weil es entweder "ohne Ausnahme" oder "mit dem Vorbehalt bestimmter Ausnahmen" bedeutet [1]. Es hat also zwei gegensätzliche, sich widersprechende Bedeutungen. Das ist bei ungünstig, weil nicht klar ist, ob bspw. eine Wahl immer geheim sein muss, oder ob eine Ausnahme davon möglich ist. Der Änderungsantrag soll dieses Problem beheben, indem das Wort gestrichen und durch eine eindeutige Formulierung ersetzt wird.

Zu § 2: Hier wird die Stelle der Wahlordnung ergänzt und genannt, wann von der geheimen Wahl abgewichen werden kann. Das macht insbesondere das Lesen der

Wahlordnung einfacher, da direkt ersichtlich wird, wo die Ausnahme zu finden ist. Dadurch wird die Wahlordnung niedrigschwelliger. Durch die direkt genannte Ausnahme wird auch eindeutig, in welchen Fällen eine geheime Wahl durchzuführen ist, und in welchen Fällen eine Ausnahme erfolgen kann.
Zu § 6: Hier ist das Wort "grundsätzlich" überflüssig, denn der nächste Satz erklärt, wann vom Mehrheitswahlverfahren abgewichen werden kann. Durch die Streichung wird der Text eindeutiger und prägnanter.

[1]: https://www.duden.de/rechtschreibung/grundsaetzlich

W1-Ä2

Antrag

Initiator*innen: Yannick Brugger (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: **W1-Ä2: Wahlordnung**

Antragstext

Nach Zeile 98 einfügen:

§ 13 Begriffsbestimmungen

(1) Eine einfache Mehrheit ist erreicht, wenn mehr „Ja“-, als „Nein“-Stimmen abgegeben wurden. Eine absolute Mehrheit ist erreicht, wenn mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf „Ja“ entfallen. Eine 2/3-Mehrheit ist erreicht, wenn mehr als zwei Drittel der abgegebenen Stimmen auf "Ja" entfallen.

Begründung

Für Personenwahlen ist ein Teil dieser Begriffe schon oben erklärt. Aber durch die explizite und eigenständige Nennung kann die Wahlordnung niedrigschwelliger und verständlicher werden. Das kann die Arbeit mit der Wahlordnung insbesondere für Menschen einfacher machen, die sich noch nicht so viel mit Wahlrecht und verschiedenen Mehrheitsformen beschäftigt haben. Der § 13 kann auch in Zukunft für weitere Begriffe genutzt werden, die erklärt werden müssen. Inhaltlich bzw. rechtlich ändert dieser Änderungsantrag eigentlich nichts.

W1-Ä3

Antrag

Initiator*innen: Yannick Brugger (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: **W1-Ä3: Wahlordnung**

Antragstext

Von Zeile 66 bis 70:

(4) Entspricht die Anzahl der Bewerber*innen der Anzahl der zu wählenden Plätze ~~kann ein Geschäftsordnungsantrag auf eine offene Blockwahl gestellt werden. Dabei wird in einem offenen Wahlgang über die Besetzung aller zu wählenden Plätze abgestimmt. Eine Stimmabgabe nur für einzelne Bewerber*innen ist dabei nicht möglich.~~, kann in offener Blockwahl gewählt werden. Dabei wird in einem offenen Wahlgang und mit nur einer Stimme über die Besetzung aller zu wählenden Plätze abgestimmt. Der offenen Blockwahl kann durch Antrag eines stimmberechtigten Mitglieds widersprochen werden, solange dieser Antrag vor Beginn der Abstimmung gestellt wird.

Begründung

Durch die Einführung der offenen Blockwahl können Wahlen effizienter und schneller durchgeführt werden. Gleichzeitig wird aber auch die geheimheit der Wahl eingeschränkt. Um dem entgegenzuwirken, soll die Hürde für den Widerspruch zu einer offenen Blockwahl gesenkt werden. Dabei soll sichergestellt werden, dass das Verfahren klar und konkret ist.

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Annkatrin Esser (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: **Ä1 zu A0: Arbeitsprogramm 2023**

Antragstext

Von Zeile 35 bis 37 einfügen:

Fraktion. Dazu gehört eine kontinuierliche Begleitung der Regierungsarbeit beziehungsweise der Begleitung möglicher Koalitionsgespräche.
Auch in der Öffentlichkeitsarbeit wollen wir die Regierungsarbeit kritisch begleiten und so den nötigen politischen Druck aufbauen, dass gerade sozial- und klimapolitische Einigungen im Koalitionsvertrag auch wirklich umgesetzt werden. Dies kann zum Beispiel in Form einer 100-Tage-Bilanz nach der Koalitionsbildung passieren. Inhaltlich stehen dabei im kommenden Jahr insbesondere sozialgerechte Antworten auf die

Begründung
erfolgt mündlich.

Ä3

Antrag

Initiator*innen: Annka Esser

Titel: **Ä3 zu A0: Arbeitsprogramm 2023**

Antragstext

Von Zeile 4 bis 6:

Berlin mit unseren Bezirksgruppen den Anspruch unsere Stadt mitzugestalten. Die Grüne Jugend Berlin soll ~~ein entscheidender linker Akteur~~eine entscheidende linke Akteur*in in der Berliner Politik sein, der gerade in Krisenzeiten für solidarische Antworten kämpft und

Von Zeile 10 bis 11 einfügen:

Um diese Chancen zu nutzen, brauchen wir einen Landesvorstand, der den Überblick behält, eigene Impulse setzt, seine Mitglieder angemessen repräsentiert und vorausschauend handelt.

Von Zeile 13 bis 15:

Als Jugendorganisation einer Regierungspartei, die vielleicht bald die regierende Bürgermeisterin stellt, wollen und können wir ~~ein relevanter Akteur~~eine relevante Akteur*in im politischen Berlin sein. Dafür müssen wir unsere Öffentlichkeitsarbeit über

Von Zeile 46 bis 47 einfügen:

künftige Landesvorstand für einen dauerhaften Grüne Jugend Platz im Vorstand der Grünen Berlin einsetzen.

Um neuen Mitglieder zu erreichen und Werbung für die GJB zu machen soll ein GJB-Info Flyer erstellt werden, der über einen längeren Zeitraum auch ohne Wahlkämpfe verteilt werden kann. Dieser soll auch an die Grünen Kreisverbände weitergegeben werden, damit diese den Flyer an junge und potentielle Neumitglieder weitergeben können oder auslegen können.

Von Zeile 150 bis 151 einfügen:

aufeinander abgestimmt sein. An den Kampagnen des Bundesverbandes soll aktiv teilgenommen werden.

Wir wollen unsere Mitglieder sowohl thematisch bilden als in der Parteiarbeit. Dafür wollen wir unseren Mitgliedern bestimmte Fähigkeiten vermitteln wie das Schreiben und halten von Reden, Moderationsworkshops aber auch How-To Vorstandsarbeit, How-To Antragsschreiben oder auch How-To FaFo/ AG und How-To Bündnisarbeit Workshops anbieten. Dies könnte im Rahmen eines GJB-Skillsharing-Tages stattfinden.

Von Zeile 174 bis 175 einfügen:

„How to Geld ausgeben“ Finanzreader erstellt und niedrigschwellig zugänglich gemacht werden. Zudem soll es eine gute Vernetzung zwischen den Schatzmeister*innen in den Bezirken und der Landesschatzmeister*in geben. Dabei sollen auch Verhandlungsstrategien weitergegeben um ggbf. mehr Budget für die Ortsgruppen zu verhandeln. Bei Finanzangelegenheiten sollten insbesondere F*int-Personen gefördert und empowered werden.

Begründung
erfolgt mündlich

Ä4

Antrag

Initiator*innen: Yannick Brugger (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: **Ä4 zu A0: Arbeitsprogramm 2023**

Antragstext

Von Zeile 1 bis 2:

Soziale Ungerechtigkeiten, Klimakrise, ~~Verkehrswende~~Mobilitätswende, Deutsche Wohnen enteignen. Und nebenbei Wahlkampf in einer wahrscheinlich vollständigen Wiederholungswahl

Von Zeile 6 bis 9 löschen:

Politik sein, der gerade in Krisenzeiten für solidarische Antworten kämpft und für soziale Gerechtigkeit auf der Straße ist~~. Die aktuellen Probleme sind längst Zukunftsfragen~~. Dabei fordern wir ein, dass die Jugend mitbestimmt und gehört wird.

Von Zeile 30 bis 32 einfügen:

begeistern. Über das Wiki der Grünen Jugend Berlin sollen möglichst viele Informationen zur Bündnisarbeit bereitgestellt werden. Aber auch die Landessprecher*innen sollen es sich zur Aufgabe machen regelmäßig in den GJ Bündnissen präsent zu sein. Die GJ Berlin soll sich stärker mit sozialen Bündnissen und Bündnissen, die von migrantisierten Menschen

Von Zeile 46 bis 47 einfügen:

künftige Landesvorstand für einen dauerhaften Grüne Jugend Platz im Vorstand der Grünen Berlin einsetzen. Auch unsere Positionen sollen in die Grüne Partei getragen werden. Dafür soll der Landesvorstand die GJ Beschlüsse bei den Altgrünen einbringen. Generell sollte es als GJ unser Anspruch sein uns bei allen wichtigen Positionsbildungsprozessen der Grünen Partei zu beteiligen. Sei es die Überarbeitung des Wahlprogramms, des möglichen überarbeiten Koalitionsvertrags aber auch bei Parteitagsbeschlüssen. Um den Informationsfluss zu gewährleisten soll sich der Landesvorstand um einen regelmäßigen Austausch mit dem Landesvorstand der Grünen Berlin und dem Fraktionsvorstand einsetzen und diesen einfordern.

Von Zeile 139 bis 140 einfügen:

Entscheidung für die Umsetzung wird dann auf einem Aktiventreffen, Landesmitgliederversammlung oder vom Landesvorstand beschlossen. Zudem soll sich der Landesvorstand darum bemühen, möglichst Hierarchien abzubauen. Das betrifft Wissenshierarchien sowie strukturelle Hierarchien. Wir sind ein Verband der Basisdemokratie lebt und diese als höchstes Gut ansieht. Das heißt für uns auch, dass sich die Positionen des Landesvorstandes aus den Positionen der Basis ergeben. Deswegen stellt und unterstützt der Landesvorstand auf Bundesebene der GRÜNEN JUGEND nur Anträge, die sich explizit aus der Beschlusslage der GRÜNEN JUGEND Berlin.

Ä6

Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Berlin (dort beschlossen am: 18.10.2022)

Titel: **Ä6 zu A0: Arbeitsprogramm 2023**

Antragstext

Nach Zeile 123 einfügen:

Zielgruppenspezifische Vernetzungs- und Empowermentangebote sollen weiterhin regelmäßig angeboten werden. Dabei sollen die im letzten Jahr gestartete Vernetzungsformate für Schüler*innen, für Auszubildene, für queere Menschen und speziell für Inter, nicht-binäre und trans (INT*)-Personen evaluiert werden und in sinnvollen Formaten, auch in Kombination mit inhaltlicher Ausrichtung, fortgeführt werden.

Begründung

Wir haben im letzten Jahr Vernetzungstreffen für Schüler*innen, für Azubis, für queere Menschen und für INT*-Personen (inter, nicht, binäre und trans Personen) angeboten, die unterschiedlich gut angenommen und geklappt haben. Oft hat den Vernetzungstreffen ein Ziel gefehlt, weshalb die Vernetzungsformate evaluiert werden soll und öfters auch inhaltlich ausgerichtet werden können. Lockere Vernetzungsformate können trotzdem bestehen, aber unsere Vernetzungsangebote sollten auch in unsere Verbandsarbeit passen und langfristig den betroffenen Gruppen Räume und Empowerment bieten.

Ä7

Antrag

Initiator*innen: Marlene Jahn, Leonie Wingerath (dort beschlossen am: 19.10.2022)

Titel: **Ä7 zu A0: Arbeitsprogramm 2023**

Antragstext

Nach Zeile 123 einfügen:

Mentale Gesundheit im Verband stärken!

Die Grüne Jugend Berlin ist ein starker Verband. Und das liegt an den vielen jungen Menschen, die ihre Energie, ihre Kompetenzen und ihre Freizeit in die GJB stecken. Viele gehen dabei bis an ihre Grenzen und darüber hinaus. Damit wir langfristig schlagkräftig bleiben, wollen wir dafür sorgen, dass unser Aktivismus nachhaltiger wird.

Dafür wird der Landesvorstand im kommenden Jahr eine erste Strategie erarbeiten, wie wir Mentale Gesundheit in unserem Verband stärken und mentale Überlastungen langfristig verhindern können. Dafür soll unter anderem ein Unterpunkt auf der Webseite entstehen, auf dem Telefonnummern von professionellen Hilfsangeboten gesammelt werden. Diese Maßnahme soll unseren Mitgliedern den Zugang zu Ansprechpersonen erleichtern. Junge Menschen sind nicht dafür ausgebildet, Betroffene in schwierigen Situationen zu betreuen. Deshalb soll im Ernstfall an die Beratungsstellen auf der Webseite verwiesen werden. Darüber hinaus könnte ein Leitfaden zur Therapieplatzsuche ergänzt werden.

Begründung

Druck, Überforderung und psychische Erkrankungen sind immer noch Tabuthemen

in unserer Gesellschaft. Deshalb ist es an uns, das Schweigen zu brechen und das Thema sichtbar zu machen. Und gleich bei uns selbst damit anzufangen.

Ä2

Antrag

Initiator*innen: Julia Espindola (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: **Ä2 zu A1: Leitantrag: Die Wahl ist nicht immer einfach, aber Hauptsache du hast sie!**

Antragstext

Von Zeile 36 bis 40 einfügen:

deutsche Staatsbürger*innenschaft, die ihren Lebensmittelpunkt und ihr zuhause in Berlin gefunden haben, müssen unbedingt wählen dürfen. **Gerade dürfen Menschen aus EU-Ländern nur auf Kommunalebene wählen, während Personen aus den sogenannten "Drittstaaten" (nicht EU-Staatsbürger*innen) gar nicht mitbestimmen dürfen. Diese Unterteilung bespiegelt und bestärkt koloniale und rassistische Strukturen und führt dazu, dass migrantisierte Menschen, besonders aus dem globalen Süden, systematisch von der Politik ausgeschlossen werden.** Obwohl migrantisierte Menschen ohne deutschen Pass besonders oft in prekären Jobs das System am Laufen halten, wird ihnen das grundlegendste Mitbestimmungsrecht, das Wahlrecht verwehrt. Deswegen unterstützen wir den Volksentscheid „Demokratie für Alle“ und die Initiative "Nicht ohne uns 14%".

Begründung

Die koloniale und rassistische Strukturen, die unsere Wahlsystem prägen, müssen explizit genannten werden. Es ist auch wichtig zu betonen, dass nicht-EU Staatsbürger*innen, besonders aus dem globalen Süden, weniger Zugang zur politischen Mitbestimmung in Deutschland haben.
Die Intiative "Nicht Ohne und 14%" wird von Migrant*innen (besonders

migrantisierte FINTAs*) selbst organisiert und hat die politische Debatte über Wahlrecht sehr viel beinflusst! Es ist mir sehr wichtig, dass wir als Grüne Jugend Berlin die Arbeit von migrantisierten selbstorganisierten Gruppen erkennen und unterstützen.

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Tjado Stemmermann (KV Berlin-Neukölln)

Titel: **Ä1 zu A5: Einschulung: Chancengleichheit ermöglichen**

Antragstext

Von Zeile 1 bis 2:

Wir als Grüne Jugend Berlin fordern, dass ~~das Jugendamt~~die Senatsverwaltung für Schule ein Konzept entwickelt, wie Eltern mit nicht-deutscher Muttersprache über die Einschulung informiert

Begründung

Etwas spitzfindig: Das Berliner Jugendamt gibt es nicht, sondern jeder Bezirk hat ein eigenes Jugendamt. Deshalb wäre es sinnvoll die Senatsverwaltung zu addressieren - oder auch die bezirklichen Jugendämter. Da ein Gesamtkonzept für Berlin entwickelt werden soll, ist die Senatsverwaltung aber wahrscheinlich sinnvoller.

Ä6

Antrag

Initiator*innen: Kilian Vitt, Jannis Ernesti, Elina Schumacher, Emma Unser, Katinka Wellnitz, Annka Esser

Titel: **Ä6 zu A6: Heißer Herbst und kalte Räume - Putins Angriffskrieg als Ursache benennen**

Titel

Ändern in:
HUNGER, HERBST UND KALTE RÄUME - Wir frieren nicht für eure Profite: Umverteilen jetzt!

Antragstext

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine reiht sich ein in unzählige Konflikte, in denen Russland als Aggressor Menschenrechten keine Beachtung schenkt. Vergewaltigung als Kriegswaffe, Angriffe auf Zivilist*innen und Krankenhäuser und Massaker an der Zivilbevölkerung – dafür muss und wird sich Vladimir Putin in Den Haag verantworten. Verhandlungspositionen für einen Waffenstillstand sind zuallererst von der militärischen Lage abhängig. Sie werden von Menschen erkämpft und mit Menschenleben bezahlt.
Deshalb fordern wir, dass Deutschland neben Flugabwehr- und Bergepanzern auf Leopardbasis auch endlich Leopard Kampfpanzer liefert, welche nach dem Kalten Krieg in die Reserve geschickt wurden. Die Ukraine benötigt diese Waffen, um sich die Verhandlungsposition zu erkämpfen, die eine Rückgabe aller annektierten Gebiete ermöglicht.
Ein Verhandlungsfrieden kann nicht auf Kosten der Ukraine geschlossen werden und würde auch keine langfristige Sicherheit garantieren. Dazu gehört auch, dass die

Scheinreferenden in der Ostukraine nie anerkannt werden.
Wie naiv die deutsche Regierung trotzdem seit 16 Jahren unseren Wohlstand, das Rückgrat unserer Industrie und unsere warmen Wohnungen von einem Diktator abhängig macht, ist eine Verhöhnung der Opfer von Russlands Aggressionen.Die Regierungsparteien waren in ihrer fossilen kapitalistischen Energiepolitik hochgradig verantwortlungslos. Die CDU sowieso, aber auch der Ampel-Koalitionspartner SPD trägt hierbei eine Verantwortung für schlimmstes menschliches Leid.
Wir erleben seit den 1980er Jahren eine unaufhörlich voranschreitende Umverteilung von Unten nach Oben. Die aktuelle Krise zündet in diesem Kontext berechtigte materialistische Kritik an der Verteilung von Einkommen und Reichtum in unserem Land. Gewinne privatisieren und Verluste sozialisieren war leider auch in der Coronakrise noch Maßstab unserer Regierungspolitik. Es bedarf einer Umverteilung, um die Kosten der Energiekrise zu decken und soziale Gerechtigkeit herzustellen. Wir fordern die sofortige Einführung einer Übergewinnsteuer. Dass es Krisen-Gewinner*innen gibt während andere Menschen Angst haben müssen sich ihre Heizkosten nicht mehr leisten zu können darf nicht sein!.
Die Entlastungen müssen statt Einmalzahlungen, zielgerichtet entlasten und umverteilen. Deshalb müssen sie einen bundesweiten Mietendeckel, die Aussetzung aller Zwangsräumungen sowie Energiesperren und die Wiedereinführung des 9-Euro-Tickets beinhalten. Als Inflationsausgleich brauchen wir sofortige Erhöhungen der niedrigen und mittleren Löhne und der Sozialleistungen. Für kommende Tarifrunden schließen wir uns den Maximal-Forderungen der Gewerkschaften an. In der Krise zu sparen und Menschen allein zu lassen ist falsch, die Schuldenbremse muss endlich abgeschafft werden!
Die GRÜNE JUGEND Berlin kämpft an der Seite von Bündnissen wie Umverteilen und Genug ist Genug. Wir streiten für Gerechtigkeiten auf der Straße und tragen die Forderungen in die Parlamente.
Der FDP ist es gelungen, mit ihrer Kampagne um die Weiternutzung von Atomreaktoren den medialen Diskurs entgleisen zu lassen. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Energie von Bündnis 90/ Die Grünen hat klar gemacht, dass der Streckbetrieb nicht notwendig ist und Gefahren birgt. Zentralisierte kritische Infrastruktur, ob Nuklear oder Fossil, ist in Deutschland extrem gefährdet. Sie kann zu einfach durch Cyperangriffe lahmgelegt werden. Die Software dafür verkaufen Hacker seit Jahren an Höchstbietende. Dies birgt das wahre Blackout-Risiko für Deutschland.
Eine dezentrale nachhaltige Energieversorgung ist unsere einzige Zukunft. Wir fordern von unserem Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck endlich das Zepter wieder in die Hand zu nehmen. Initiativen zur Energiestabilität müssen aus Grüner Hand kommen. Dazu gehört zuallererst eine Lösung des Fachkräftemangels, der die flächendeckende

Montage von Solaranlagen und Wärmepumpen sabotiert.
Statt eines "Deals" mit RWE müssen gesetzliche Grundlagen für einen schnellstmöglichen 1, 5 Grad konformen Kohleausstieg geschaffen werden. Der Kohleausstieg muss nicht nur im Rheinland, sondern in ganz Deutschland verwirklicht werden. Zunächst fordert die GRÜNE JUGEND Berlin ein Abbaggermoratorium für Lützerath. Es braucht eine Energiepolitik, die sowohl unabhängig von Diktatoren wie Putin als auch von klimaschädlichen, neokolonialen fossilien Energieträgern ist!

Begründung

Die Globalalternative vereint die einzelnen bereits gestellten Änderungsanträge und soll den Antrag mit konkreten Forderungen auf Krieg, Energiekrise und Inflation benennen. Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Ä2

Antrag

Initiator*innen: Grüne Jugend CharWilm

Titel: **Ä2 zu A8: Sportstätten für alle statt nur Herrenmannschaften**

Antragstext

Von Zeile 8 bis 10:

prominente Platz- und Hallenzeiten geschafft haben. Dieser Prozess passiert ohne eine faire Verteilung, die ausreichend Randsportgruppen, ~~Frauen*sportgruppen oder Queere~~ FINTA* Sportgruppen oder- queere Sportgruppen berücksichtigt.

Von Zeile 15 bis 16:

- Die Möglichkeit, dass ~~Frauen*sportgruppen~~FINTA* Sportgruppen, explizit ~~Queere~~ - queere Sportgruppen und Randsportgruppen eine stärkere Gewichtung bekommen in der Vergabe von

Begründung

FINTA* ist inklusiver/ inkludiert mehr Geschlechter.

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Grüne Jugend CharWilm

Titel: **Ä1 zu A8: Sportstätten für alle statt nur Herrenmannschaften**

Antragstext

Von Zeile 16 bis 17 einfügen:

- und Randsportgruppen eine stärkere Gewichtung bekommen in der Vergabe von Platz- und Hallenzeiten in den Sportstätten.

  Grundsätzlich soll das Land Berlin mehr eigene Sportstätten betreiben, die allen Menschen auch ohne Vereinsmitgliedschaft zugänglich und kostenfrei nutzbar sind.

Begründung

Sport ist wichtig für die physische und psychische Gesundheit und darf keine Frage des Geldbeutels sein.
Es gibt zu wenig staatliche Sportstätten die ohne Vereinsmitgliedschaft nutzbar sind.

Ä3

Antrag

Initiator*innen: Klara Schedlich, Jannis Ernesti, Kasimir Cesare Saladin Heldmann (dort beschlossen am: 17.10.2022)

Titel: **Ä3 zu A8: Sportstätten für alle statt nur Herrenmannschaften**

Titel

Ändern in:
Berlin braucht Sport, Sport braucht Berlin

Antragstext

Berlin ist DIE Sportmetropole Deutschlands.

So beschreibt es zumindest der Senat und meint damit vor allem den Profisport. Neben den sechs berliner Spitzenvereinen schaut der Senat dabei vor allem gerne auf internationale Events. Denn während der Sport in unserer Stadt einen essentiellen Beitrag zur mentalen und körperlichen Gesundheit, zur Stadtgemeinschaft und -kultur beiträgt, werden immer und immer wieder nur die kommerziellen Aspekte gefördert.

Als Grüne Jugend Berlin fordern wir einen vielfältigen, gemeinschaftsorientierten, antikapitalistischen und antirassistischen Sport, der Platz für alle bietet, die sich daran beteiligen wollen.

Sport ist mehr als nur professioneller Männerfußball

Die Vielfalt Berlins zeigt sich in allen Facetten der Stadt. Nicht zu letzt im Sport. Für fast

jede erdenkliche Sportart findet sich in Berlin an Amateurverein. Sport braucht Platz. Berlins marode Sportstätten platzen aus allen Nähten. In Berlin werden Bolzplätze eher abgeschlossen, als renoviert. Neue Amateurvereine kämpfen um letzte Spielzeiten und der Breitensport versucht es nicht mal mehr und gehen direkt in die Parks der Stadt. Noch vielfältiger sind die Gesichter im Sport. Denn Sport in Berlin ist für Jede und Jeden da. Das muss dasLand Berlin stärker unterstützen.
Männerfußball dominiert nicht nur die Medien, sondern auch die Ausgaben des Sportsenats. Während Topklubs das Geld hinterhergeschmissen bekommen, müssen alle anderen um die verbleibenden Cents kämpfen. Dabei sollte es andersrum sein. Topklubs haben diverse Geldquellen und Sponsoren, die sich aus dem Erfolg ergeben. Nicht nur im Amateur- und Breitensport fehlen diese Mittel, sondern auch im nicht-männlichen Profisport. Während männliche Fußballspieler teils nicht einmal eine Ausbildung abschließen müssen, gehen viele der Fußballspielerinnen der Bundesliga nebenbei arbeiten.
Wer Sport betreibt, benötigt Sportstätten. Doch die existierenden Sportstätten in Berlin, werden nicht gleich auf die verteilt, die Sport betreiben. Die Bezirkssportämter und Bezirkssportbünde bevorzugen strukturell den Männersport bei der Sportstättenbelegung. Hier muss sowohl anderen Sportarten, als auch FINTA*-Sportgruppen mehr Raum zugestanden werden.
Die Grüne Jugend Berlin fordert den Senat und die Bezirkssportämter sowie den Landes- und die Bezirkssportbünde ein umfassendes Gender- und Sportartenbudgeting inklusive Bezug auf die Vergabe von Sportstättenbelegungen einzuführen. Dieses muss öffentlich einsichtbar sein und zu echten Veränderungen führen.

Offene Fankultur

Fankultur ist nicht nur ein wichtiger Bestandteil des Sports, sondern auch ein essentielle Stütze im Kampf gegen die Kommerzialisierung des Sports. Gerade in der Ultra- und Hooliganszene des Männerfußball finden sich allerdings toxisch-patriachale Strukturen, die immer wieder durch rechtes, rassistisches, homophobes und frauenfeindliches Verhalten auffallen. Das schließt andere Fans vom Sport aus und wirkt sich, durch Ausschreitungen, teils auf das gesamte Stadtleben aus. Dieses Phänomen ist dabei nicht nur im Profisport zu sehen. Ein Vielzahl von Schiedsrichter*innen bereits in der Amateurliga haben schon tätliche Angriffe erlebt.
Die Grüne Jugend Berlin fordert daher vom Senat strukturelle Antworten, um auch schon kleinere Sportevents für alle Zuschauer*innen zu öffnen und dass sich der Berliner Senat der, aus Bremen stammenden, Praxis anschließt und die extra Kosten durch

Hochrisikospiele an die DFL ebenfalls weiterleitet.

Leistungssport entromantisieren

Leistungssport folgt der Idee besondere Talente zu fördern, den eigenen Körper zu stärken und zu Höchstleistungen zu bringen. Das Gegenteil ist der Fall. Immer und immer wieder stoßen wir auf Beweise für die toxische Kultur des Leistungssports. Der Weg in den Spitzensport erfordert von den Sportler*innen Aufopferung von Talent, Zeit und Geld. Denn der kapitalistische Wettkampfscharakter des Leistungssport erlaubt keinen Platz für eine gesunde und ausgewogene Förderung. Auch wenn es aus einer antikapitalistischen Perspektive eine Menge zu kritisieren gibt, so trainieren jetzt gerade tausende junge Menschen in Deutschland an Leistungsstützpunkten und geben ihre Jugend, ihre körperliche und ihre psychische Unversehrtheit, um in ihren Sportarten an die Spitze zu kommen. Die aller wenigsten werden den Schritt in den Spitzensport schaffen. Und so fallen jedes Jahr tausende Jugendliche und Kinder durch das brutale Raster der Aussiebung um die vermeintlichen Besten der Besten. Daraus ergibt sich eine Verantwortung, die Berlin mit gutem Vorbild ergreifen muss.
Die Grüne Jugend Berlin fprdert eine verpflichtende psychologische Betreuung für die Sportler*innen, Stärkung der Perspektiv-Seminare für ausscheidende Sportler*innen und eine ausreichende Begleitung nach der Zeit am Leistungsstützpunkt, Überprüfung von Trainingsmethoden auf pädagogischen Wert und möglichen
psychologischen Folgen, und eine Erweiterung der Ausbildung von Landes- und Bundestrainer*innen um
pädagogische Methoden und Vertiefungen.
Die erst kürzlich veröffentlichte Studie zu "Sexualisierte Gewalt und sexueller Kindesmissbrauch im Kontext des Sports" der Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs liest sich nicht einfach. Aus den eindrücklich beschriebenen strukturellen Problemen des Leistungsports ergibt sich vor allem eine Forderung: Die Entromantisierung des (Leistungs-)Sports. Zu häufig stoßen Betroffene auf taube Ohren oder beschwichtigende Worte anstatt akurater Hilfe. Die Grüne Jugend Berlin fordert den Senat auf die Studie zur Grundlage zu nehmen und in Zusammenarbeit mit Expert*innen und Betroffenenverbänden nachhaltige und wirksame Schutzkonzepte für alle Berliner Sportverbände -mit besonderem Fokus auf die Leistungssportzentren - auszubauen.
Sport ist nicht frei von Rassimus. Bericht über Studie über Artikel zeigen wie strukturell BIPoC im Sport benachteiligt werden. Gerade, aber nicht nur, der Leistungssport zeigt das Ausmaß der Probleme.

Die unabhängige Anlaufstelle für Diskriminierung im Sport des Senats ist eine wichtiger erster Schritt, aber da muss mehr kommen. Die Grüne Jugend Berlin fordert den Senat auf die unabhängige Anlaufstelle dezentraler auszubauen und mit mehr Kompetenzen auszustatten, um dem strukturellen Rassimus im Sport ernsthaft zu begegnen.

Sport und Jugendförderung - Hand in Hand

Wer Jugend fördern will, muss beim Sport anfangen. Auch wenn der Senat beim Thema Sportmetropole lieber den kommerziellen Sport betont, bildet der Kinder- und Jugendsport den bedeutendsten Anteil der berliner Sportlandschaft. Vom Kindergarten über den Schulsport, von freien Trägern zu den Amateurvereinen. Sport trägt eine besondere Bedeutung in der Jugendförderung und daraus ergeben sich besondere Aufgaben für die Politik. Jugendsport in der Form von Amateurvereinen und auch Breitensport muss höher Priorisiert werden. Die Grüne Jugend Berlin fordert den Senat auf Organisator*innen von Sportangeboten echte Perspektiven zu bieten. Berlin braucht mehr multifunktionale Sportstätten und eine konsequentere, nachhaltigere und geordnetere Sanierung der bestehenden Sportstätten.

Sport für Alle - unabhägig vom Einkommen

Sport ist Beteiligung. Beteiligung, die nahezu immer vom Einkommen abhängig ist. Vereinsbeträge, Ausstattung, Mobilität. Das sind alles Kostenpunkte, die nicht immer einfach zu stämmen sind. Aktuell lasten die Kosten für Entlastung ihrer Vereinsmitglieder auf den Schultern der Vereine, das muss sich ändern. Denn die Kassen der Amateurvereine sind ebenfalls leer.
Sanierungsstau, Pandemie, Energiekrise. Der Senat lässt wiederholt die Vereine im Kostenregen stehen. Anstatt Ausbaupotenziale in Sportstätten zu nutzen und Vereine durch dezentrale und nachhaltige Energieproduktion zu unterstützen, müssen Vereine darum bangen im Winter noch die Energiekosten bezahlen zu können.

Begründung
erfolgt mündlich

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Katinka Wellnitz

Titel: **Ä1 zu A11: Klima-Bürger*innenrat ernst nehmen - Forderungen umsetzen!**

Antragstext

Nach Zeile 11 einfügen:

Der Klima-Bürger*innenrat hat gezeigt, dass es sinnvoll ist Bürger*innen an politischen Prozessen zu beteiligen. Auch in Zukunft setzen für uns für Bürger*innenräte zur Erarbeitung von politischen Forderungen ein.

Ä1

Antrag

Initiator*innen: GJ CharWilm (dort beschlossen am: 13.10.2022)

Titel: **Ä1 zu A14: Solidarität mit Armenien!**

Antragstext

Von Zeile 14 bis 15:

~~Europäische~~Die Werte Menschenrechte, Rechtstaatlichkeit und Demokratie sind nicht nur in der Ukraine, sondern auch im Kaukasusin Gefahr. Demokratien sind es wert, beschützt zu werden.Vor allem dann, wenn sie

Begründung

Es ist nicht klar war was unter "Europäischen Werten" zu verstehen ist. Die vorgeschlagenen Werte gehen über Europa und dessen Grenzen hinaus. Hinzu kommt, dass derzeit in der Hochburg Europa, mit Hinblick auf die politische Situation in Italien und Ungarn, Werte zu denen sich die EU in Ihren Statuten bekannt hat, selbst nicht umsetzt. Demnach, schlagen wir eine neutralere Formulierung vor, um die Solidartät der GJ zum Ausdruck zu bringen.

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Leonie Wingerath (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: **Ä1 zu A15: Lehrkräftemangel in Berlin gezielt bekämpfen**

Antragstext

Von Zeile 28 bis 29 einfügen:

- dass die Anerkennung ausländischer Abschlüsse vorangetrieben wird, um bereits ausgebildeten Menschen die Lehramtstätigkeit zu ermöglichen und sie fair zu bezahlen. Lehrkräfte ohne deutsche Staatsangehörigkeit sollten nicht zu Lehrkräften zweiter Klasse degradiert werden!

Begründung

Es ist von zentraler Bedeutung, dass im Lehrer*innenzimmer Menschen auf Augenhöhe zusammenarbeiten können. Und das hängt häufig davon ab, ob Lehrkräfte eine faire Bezahlung erhalten. Es ist Praxis, dass Lehrkräfte aus dem Ausland als Hilfskräfte eingestellt werden, da ihre Deutschkenntnisse noch nicht ausreichen. Dabei könnten wir gerade diese Lehrkräfte in bspw. Willkommensklassen einsetzen und ihre Kompetenzen nutzen.

Ä2

Antrag

Initiator*innen: Leonie Wingerath (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: **Ä2 zu A15: Lehrkräftemangel in Berlin gezielt bekämpfen**

Antragstext

Von Zeile 6 bis 7 einfügen:

erst im nächsten Jahr einzuschulen. Und Unterrichtsausfall ist keine Ausnahme mehr. Förderstunden fallen an vielen Schulen flächendeckend aus, weil sie faktisch als Vertretungsreserve herangezogen werden.

Von Zeile 9 bis 10 einfügen:

Kind einen Schulbesuch ermöglichen. Unterrichtsausfall darf nicht zur Regel werden! Kinder mit Förderbedarfen haben ein Recht auf hochwertige Förderung! Deshalb fordern wir als GRÜNE JUGEND BERLIN:

Begründung

Inklusion ist Menschenrecht.

Ä1

Dringlichkeitsantrag

Initiator*innen: Tim Dollnik (LV Grüne Jugend Berlin)

Titel: **Ä1 zu D2: Lützi bleibt – für immer!**

Von Zeile 3 bis 5 löschen:

Bündnis 90/Die Grünen am zurückliegenden Wochenende (14.10-16.10.2022) für den Erhalt von Lützerath ~~und gegen einen Streckbetrieb von Atomkraftwerken über den 31.12.2022 hinaus~~.

Begründung

Erfolgt mündlich